

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIK/152

Bonn, den 12. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Das Dilemma im Strassenbau</u> Ursache: Mangel an Einsicht	43
2	<u>"Nicht e i n e Mark zur Kindergeld-Verbesserung"</u> Franz-Josef Wuermelings Frontenwechsel. Von Frank Sommer	37
3 - 4	<u>Die Erhöhung der Telefongebühren ist unsozial</u> Bundesregierung denkt nicht an Schwerbeschädigte	64
4	<u>Glosse:</u> <u>Hofbericht aus Bonn</u> Der elegante Sekretär	14
5	<u>"Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer"</u> Zu Adschubejs Reisebericht	42

+ + + + +

Das Dilemma im Strassenbau

Ursache: Mangel an Einsicht

sp - Das Dilemma im bundesrepublikanischen Strassenbau, die Alarmrufe des Bundesverkehrsministers und der Strassenbau-Industrie sind ein erneuter Beweis für die Richtigkeit der seit Jahren erhobenen sozialdemokratischen Forderung, Staat, Gemeinden und Wirtschaft müssten zur Erfüllung lebensnotwendiger Aufgaben eine Finanz-Investitions- und Konjunkturpolitik aus e i n e m Guß entwickeln.

Worum geht es beim Strassenbau im Augenblick? Der Bundesverkehrsminister fordert einen Vorgriff an Mitteln für den Strassenbau auf den Bundeshaushalt des kommenden Jahres. Er tut dies, weil feststeht, daß die früher bewilligten Mittel bereits verausgabt sind, und der Strassenbau in diesen Jahre zum Erliegen kommen würde, wenn seiner Forderung nicht statt gegeben wird. Die Industrie hat - zum Teil begünstigt durch gutes Wetter - ihre Planungen besser erfüllen können als vorausgesehen war. Außerdem hat die Bauindustrie in Erwartung kommender großer Aufträge enorm investiert und großzügig rationalisiert, so daß sie heute in der Lage ist, mehr zu leisten, als sie ursprünglich zugesagt hatte.

Nun wäre das alles kein Unglück, wenn hierdurch die sich ständig steigenden Bedürfnisse im Strassenbau bereits bewältigt werden könnten. Das ist jedoch n i c h t der Fall. Die ständig steigende Automobilproduktion, der wachsende Verkehr, die steigende Unfallziffer, das Chaos auf unseren Hauptverkehrsstrassen - alles das zeigt deutlich genug, daß trotz relativ günstiger Voraussetzungen der Strassenbau insgesamt mit den Erfordernissen der Entwicklung eines modernen Industriestaates nicht Schritt hält.

Wenn die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bereits vor Jahren immer wieder gefordert hat, daß die allgemeine Konjunktur-, Investitions- und Finanzpolitik für längere Zeiträume aufeinander abgestimmt werden müsse, hieß es auf der Regierungsseite stets, so etwas sei nicht notwendig, alles pendle sich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ein. Das ist ein Irrtum, wie sich jetzt herausstellt.

Selbst wenn sich die Bundesregierung dazu entschliessen sollte, zur Bewältigung der Erfordernisse im Strassenbau einen großzügigen Vorgriff auf den Haushalt des kommenden Jahres zu tun, ist das Problem noch lange nicht gelöst. Das wäre nur die vorübergehende Beseitigung eines Engpasses. Grundlegend kann die Situation im deutschen Strassenbau nur geändert und verbessert werden, wenn man sich endlich dazu aufraffen würde, jetzt und in Zukunft eine gewissenhaft koordinierte Finanz- und Konjunkturpolitik einzuführen, die allein mit den uns buchstäblich überrollenden Verkehrsproblemen fertig werden könnte.

"Nicht e i n e Mark zur Kindergeld-Verbesserung"

Franz-Josef Wuermelings Frontenwechsel

Von Frank Sommer

Ein prominenter Politiker hat sich in diesen Tagen zu den Kritikern der Familienpolitik der Bundesregierung gesellt: Es ist der ODU-Abgeordnete und frühere langjährige Bundesminister für Familien- und Jugendfragen, Dr. Franz-Josef Wuermeling.

In der CDU-nahen Politisch-Sozialen Korrespondenz tadelte der Ex-Minister streng:

- * "Im Jahre 1965 sind zwar Steuersenkungen vorgesehen, jedoch keine Anpassung des Kindergeldes. Durch die geplante Steuersenkung"
- * so bemängelte Wuermeling, der in seiner Amtszeit all das, was er jetzt fordert, nicht verwirklicht hat, weiter "sollen der Öffentlichen Hand rund 3 Milliarden Steuermittel vor allem zur Entlastung derer entzogen werden, die wegen ihres gestiegenen Einkommens in höhere Steuergruppen hineinwachsen. Die Folge dieser Entlastung ist, daß die Bundesregierung im Haushalt 1965 nicht e i n e Mark zur Verbesserung des so zurückgebliebenen Kindergeldes für die Familien als die letzten Nachzügler des sogenannten Wirtschaftswunders glauben zu können".

Gut beobachtet kann man da nur sagen. Aber wer ist denn nun schuld an diesem Fiasko? Auch darauf bleibt Wuermeling die Antwort nicht schuldig: Die Funktionäre der Arbeitgeber und Gewerkschaften sind die bösen Buben, gegen die sich auch "mein Nachfolger, Herr Heck", nicht hat durchsetzen können.

Hier scheinen sich dem wackeren Familienstreiter freilich - wohl in der Hitze des Gefechts - die Konturen verwischt zu haben: Die Gewerkschaften als Gegner einer fortschrittlichen Familienpolitik? Das glaubt Herr Wuermeling doch wohl selbst nicht. Was soll diese absurde Behauptung? Uns scheint, hier habe sich jemand ein Alibi zu verschaffen gesucht, aber leider eines, das mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß steht. Herrn Wuermeling scheint es wenig zu kümmern, daß er aus einem der hartnäckigsten Streiter für eine gerechte Familienpolitik flugs einen Gegner gemacht hat.

Aber lassen wir das. Es bleibt die Genugtuung, daß die Sozialdemokraten einen neuen Mitstreiter für die Verbesserung des Kindergeldes gefunden haben. Denn was Herr Wuermeling jetzt so nachdrücklich fordert, hat die SPD im wesentlichen schon seit Jahren verlangt. Möge sich der Ex-Minister aufmachen und sich der Zustimmung seiner Fraktionskollegen versichern. Um Bundesgeronnen braucht ihm außerhalb seiner Funktion nicht bange zu sein.

Die Erhöhung der Telefongebühren ist unsozial

Bundesregierung denkt nicht an Schwerbeschädigte

P. Sch. - "Die von der Bundesregierung beschlossene Maßnahme ist nicht nur überflüssig und allgemein schädlich, sie trifft auch bestimmte Gruppen unserer Gesellschaft besonders hart, z.B. die Schwerbeschädigten, die kein Pflegepersonal haben und dringend auf das Telefon angewiesen sind, um mit der Umwelt verkehren und Hilfe herbeirufen zu können." Mit diesen Worten machte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, in seiner Rede zur Einbringung und Begründung des SPD-Antrages betreffend Postgebührenerhöhung in der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29.7. 1964 auf einen Personenkreis aufmerksam, für den sich die am 1. August 1964 von der Bundesregierung herbeigeführte Erhöhung der Fernsprechgebühren verhängnisvoll auswirken wird.

Es ist zu beklagen, daß kein weiterer Redner in der Sondersitzung des Bundestages auf diesen Tatbestand einging. Bundespostminister Stückler, Bundesfinanzminister Dahlgrün und schließlich Bundeskanzler Erhard blieben jegliche Erklärung darüber, daß sie mit ihren harten Maßnahmen auch die an sich bereits ständige Not der betroffenen Schwerbeschädigten vergrößern, dem Parlament schuldig. Dies verdient angeprangert zu werden. Erweckte Bundeskanzler Erhard schon im November/Dezember 1963, als es um die dringlich gewordene Verbesserung des Kriegsofferrechtes ging, den Eindruck unzureichenden sozialpolitischen Verständnisses, so hat es nunmehr den Anschein, daß seine Regierungspolitik gegenüber den auf Telefonschluß unbedingt angewiesenen schwerbehinderten Menschen unfreundlich ist. Dies ausdrücklich festzuhalten, ist erforderlich, weil bisher kaum vermeldet werden konnte, daß Erhards Interessen auch auf ein Wohlergehen der Angehörigen dieses Personenkreises gerichtet sein könnten.

Regierungspersönlichkeiten und Sprecher der Koalitionsfraktionen taktierten von vorneherein dahin, das Thema der Sondersitzung abzuflachen, diese mit ablenkenden Darstellungen auszufüllen und keinerlei soziale Regungen aufkommen zu lassen. Sie übten sich geradezu darin, unbedeutende Sachverhalte dialektisch hochzuspielen, um die öffentlichen Ausführungen zu verfüllen.

Erstaunlich ist es aber auch, daß die Tagespresse in ihrer bisherigen Berichterstattung zur Fernmeldegebührenerhöhung ebenfalls die besondere Betroffenheit der auf den Fernsprecher angewiesenen Schwerbehinderten nicht erwähnt hat. Dies ist auch schon deshalb bemerkenswert, weil Pressedienste der Kriegsofferverbände noch vor der Sondersitzung des Bundestages diese Schläge warnend ausgesprochen haben.

Der Bundeskanzler - er ganz besonders -, die Minister und die ganze widersprüchliche CDU/CSU-Bundestagsfraktion müssen daran gehindert werden, durch Tun und Unterlassen die besonderen Interessen schwergeprüfter Menschen, die allein mit ihrem Schicksal niemals fertig werden können, weiterhin zu mißachten. Inzwischen hat Fritz Erler nachdrücklich die Forderung der SPD wiederholt, daß die Gebührenerhöhung rückgängig gemacht werden muß. Nun liegt es an Bundeskanzler Erhard, sich in seinem Bemühen, "es im Interesse aller richtig

zu machen", hinsichtlich des Personenkreises der Schwerbeschädigten recht bald etwas sinnvolles einfallen zu lassen. Es wäre nämlich z.B. durchaus möglich, ohne Gesetzesänderung die nach dem Bundesversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Schwerbeschädigten mindestens so zu stellen wie Angehörige des öffentlichen Dienstes, die nach den Dienstanschlußvorschriften Fernsprechanschlüsse in ihrer Wohnung haben und erheblich kostenmäßig durch den öffentlichen Dienstherrn entlastet, private Telefongespräche führen können. Für eine entsprechende Regelung im Verordnungswege bieten sich § 13 des Bundesversorgungsgesetzes und für andere Gruppen schwerbehinderter Menschen die Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes an.

Erhard aber wird dies sicherlich nicht wollen. In der Sonder-sitzung des Bundestages am 29.7. 1964 hielt er es von sich aus bereits für nützlich, der SPD vorzuwerfen, daß "alle Gesetze, die mit Ausgaben verbunden sind, eine dauernde Aufstockung erfahren". Die beschwörenden Ausführungen Erlers aber waren und sind für die Bundesregierung Warnung und Mahnung zugleich. Mögen sie verstanden werden.

+ + +

Glosse:

Hofbericht aus Bonn

Der elegante Sekretär

XX - Offenbar bringen die Bonner Parlamentsferien die in der provisorischen Bundeshauptstadt anwesenden Journalisten vom Dienst gelegentlich in Verlegenheit. In solchen Situationen hilft man sich mit "Hofberichten" über diplomatische Empfänge. Und das sieht dann so aus:

"Der Botschafter, der schon über drei Jahre in Bonn akkreditiert ist, erfüllte seine gesellschaftlichen und repräsentativen Pflichten nicht ohne Brillanz. Obwohl er sich alleine zum Empfang an der großen Flügeltür zum Beethovensaal aufgestellt hatte, bewältigte er die Begrüßung spielend. In dunkelblauem Anzug und glänzend weißem Hemd verbeugte er sich tief vor den Damen und lächelte, wenn Regierungsvertreter und Botschafter ihm die Glückwünsche für sein Land aussprachen. Nicht weniger elegant war sein Sekretär. Er stand groß und schlank, in würdiges Schwarz gekleidet, vor der Tür, um die Gäste seinem Botschafter vorzustellen. Wir sahen auf dem Empfang noch die Botschafter von ..."

+ + +

"Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer"

Zu Adschubej's Reisebericht

sp - Der "Iswestija"-Chefredakteur Adschubej berichtete jetzt, gemeinsam mit zwei seiner Kollegen, die ihn begleitet hatten, über die während seiner Reise durch die Bundesrepublik gewonnenen Eindrücke. Niemand hat erwarten können, daß Herr Adschubej sehr viel Neues über die Bundesrepublik berichten wird, denn seit Jahren beobachten sowjetische Korrespondenten in Bonn genau jede Regung unseres öffentlichen Lebens. Sie suchen in ihren Berichten systematisch nach "negativen Erscheinungen" und lassen sich nur ganz selten dazu verführen, auch positive Aspekte darzustellen. In den Berichten von Herrn Adschubej und seinen Kollegen wird aber immerhin deutlich, daß jetzt manches, was man in der Bundesrepublik gesehen und gehört hat, anders beurteilt wird als bisher.

Die seit Jahren dem sowjetischen Zeitungsleser präsentierten "Revanchisten und Militaristen" hat der "Iswestija"-Chefredakteur nicht gefunden. Allerdings meint er einschränkend, er habe sie nicht gesucht, und es sei auch nicht zu erwarten gewesen, daß sie sich ihm vorgestellt würden. So kann man es natürlich auch machen.

Es ist anzunehmen, daß der Schwiegersohn Chruschtschows deswegen so elegant die sonst in der sowjetischen Presse als Standardbehauptung stets wiederkehrende Ausmalung von "revanchistischen Umtrieben" umschrieben hat, weil er seine eigenen Kollegen und seine eigene Zeitung nicht ganz desavouieren wollte. Nach wie vor wird man trotz Adschubej-Besuch in der sowjetischen Presse die "Revanchisten in der Bundesrepublik" finden.

Trotzdem: Adschubej hat durch seine und seiner Kollegen Berichte die für einen möglichen Chruschtschow-Besuch notwendige sachliche Atmosphäre nicht verschlechtert. Er ließ die Tür einen Spalt offen, wobei man damit rechnen kann, daß er dies nicht ohne ausdrückliche Billigung von Chruschtschow getan hat.

Falsch wäre es, hieraus schließen zu wollen, daß sich an der Grundeinstellung der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland etwas wesentliches geändert hätte. Hier gilt immer noch das in Russland und Deutschland gleichermaßen bekannte Sprichwort: "Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer".